

Neue SAG-Antifa-Initiative:

Auch mit CDU/CSU-Stadträten gegen Nazis?

Unter Druck gesetzt von den erst einmal anziehenden Aktivitäten seitens JRE hat die Sozialistische Arbeitergruppe (SAG) eine neue Initiative gestartet. Sie propagiert den Aufbau von "Anti-Nazi-Bündnissen", damit die "Nazis das Superwahljahr 1994 nicht als Sprungbrett für ihren Aufbau nutzen können" (Klassenkampf 125). Die *effektive Verhinderung* von Nazi-Propaganda durch Aktionsbündnisse von AntifaschistInnen gerade während des Wahlkampfes ist sicherlich sinnvoll. Darüber hinaus müssen solche und andere anti-faschistische Aktivitäten in die Arbeiterbewegung getragen werden, bzw. von GewerkschafterInnen aufgenommen werden in der Perspektive des Aufbaus von gewerkschaftlich organisierten Selbstverteidigungsgruppen, die dem Anti-Fa-Kampf die nötige soziale Kraft geben würden.

Nur, will die SAG den Nazis überhaupt direkt entgegenzutreten? Die als Beispiele angegebenen Aktivitäten der anvisierten "Anti-Nazi-Bündnisse" - Graffiti- und Flugblattaktionen, Herstellung von Kontakten zur Postgewerkschaft zwecks Unterbindung von Rep/DVU/Wahlkampf-Sendungen, Outing und Gegenkundgebungen/Demonstrationen - erwähnen an keiner Stelle die Notwendigkeit von konkreten *Mobilisierungen zur Verhinderung* von Nazi-Aufmärschen oder anderen Zusammenrottungen des braunen Packs. Gerade jetzt, wo die Nazis erst noch daran arbeiten, in der Öffentlichkeit Fuß zu fassen, kann ein entschlossenes Vorgehen der Linken und Arbeiterbewegung diese Absicht der Nazis zerschlagen. Die SAG-Ziele dagegen laufen auf das ineffektive und letztlich selbstmörderische Konzept der *Gegenpropaganda* hinaus, das in der Regel auch die "demokratische" Diskussion mit Nazis einschließt.

Den bisherigen Gipfel des abwiegelnden SAG-Antifa-Konzeptes offerieren sie in ihrer Zeitung Klassenkampf mit folgender Passage:

"Politisch einwirken auf örtliche Stadträte, Bürgermeister usw." sollen die "Anti-Nazi-Bündnisse", "damit diese keine Säle und Räumlichkeiten für Naziveranstaltungen freigeben. Auch wenn die Verwaltungsgerichte regelmäßig anders entscheiden, ist es wichtig, daß eine Stadt oder Gemeinde öffentlich durch ihre gewählten Vertreter (!) dokumentiert, daß Nazis nicht willkommen sind" (ebenda).

Donnerwetter, also selbst CDU- und CSU-Stadträte sollen jetzt nach dem Willen der SAG ihren "Antifaschismus" bekunden! Obwohl doch klar ist, daß diese (wie übrigens die SPD-Stadträte auch) die Linie der höheren Staatschergen umsetzen. Dieser bürgerlich-demokratische Staat, vermittels seiner Vertreter, spielt aber durch das Lostreten der bürgerlichen Offensive den Faschisten in die Hände und hält diese an der langen Leine. Letztlich kann nur die Arbeiterbewegung die Nazis vernichten!

Während RevolutionärInnen danach trachten, die (bisher marginalen) Anti-Fa-Aktivitäten im proletarischen Anti-Faschismus zu bündeln, hat die SAG ihr klassenunspezifisches Konzept der "antifaschistischen Massenbewegung" (s. dazu BOLSCHEWIK 2) in einem Schritt *nach rechts* konkretisiert: Sie kämpft für den Aufbau von *lokalen Volksfronten*, einen Zusammenschluß der Linken und Arbeiterbewegung mit Teilen der demokratischen Bourgeoisie. Ein solches (letztlich bürgerliches) Bündnis sabotiert aber den effektiven Anti-Fa-Kampf und würde nur den Nazis nützen.